



In eigener Sache:

...nach dem Jubiläumskongreß in Haderleben 1999

Was hat uns die Zugehörigkeit zur FUEV gebracht?

von Tadeusz S. Willan,
Vorsitzender der »Masurischen Gesellschaft«

...Den Beziehungen mit Minderheiten in anderen Ländern haben wir zu verdanken, daß wir nicht mehr so leichtgläubig und so naiv waren sondern realistischer wurden. Wir bewahrten unsere Mitglieder vor übertriebenen Erwartungen und bitteren Enttäuschungen.

Dank der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen fanden wir auch den Weg zu nichtdeutschen nationalen Minderheiten. Wir lernten sie zu verstehen, schätzen und zu achten. Ins Herz geschlossen haben wir das Karatschai-Volk, aus der entfernten Tscherkessischen Republik, innerhalb der Russischen Föderation. Wir lernten die in Mazedonien, Albanien und Bulgarien ansässigen Aromunen kennen. Haben erfahren, daß es griechische Minister, serbische Akademiemitglieder, bulgarische Staatspreissträger, rumänische Olympiateilnehmer, mazedonische und albanische Volkshelden gab, die waren Aromunen. Nur durfte es keiner wissen. Oder sie selber sollten es wenigstens nicht allzusehr betonen. Denn die Vlachen, wie sie auch genannt werden, sind seit gut 100 Jahren in allen Staaten, in denen sie siedeln, nicht eben wohlgekommen. Herzliches Mitleid empfanden wir für die auf die Krim zurückkehrenden Tataren. Wir bewundern ihre Tapferkeit und unauslöschliche Liebe zur Heimat.

Unter dem Einfluß der FUEV erreichten wir emotionale Reife, um mit den nationalen Minderheiten, mit denen wir in demselben Land leben, gute Beziehungen zu unterhalten. Gemeinsam arbeiten wir mit den in Polen lebenden Ukrainern, Weißrussen, Litauern und Juden. An unseren kulturellen Veranstaltungen beteiligen sich weißrussische Schriftsteller und Journalisten, ukrainische und litauische Lieder erklingen, weißrussische und jüdische Dichtungen werden vorgetragen.

Die FUEV ist für uns ein Fenster in die Welt, im wahrsten Sinne des Wortes. Die Einladungen zu Kongressen, Seminaren und Treffen öffneten uns die Welt, wir konnten mit eigenen Augen deutsche, ungarische und rumänische, tschechische und deutsche, ungarische und rumänische, tschechische und schweizerische, italienische und österreichische und nun auch dänische Städte sehen, direkt mit dem Leben woanders, außerhalb unserer Region und eigenem Land, in Berührung kommen. Solche Reisen lehren und bereichern, sie ändern die Einstellung des Menschen, vervollkommen seine Persönlichkeit. Ich denke, daß gerade dank dieser Reisen diejenigen, denen sie vergönnt waren, imstande sind, besser und klüger die Volksgruppen, die sie nach außen vertreten, zu leiten.

aus Storchenpost 1999/06 S. 30 ff

Neue Struktur im FUEV-Generalsekretariat

Armin Nickelsen ist nach zwölf Jahren im Amt als FUEV-Generalsekretär verabschiedet worden (seine Rede im Wortlaut ist in der Kongreßdokumentation enthalten). Wie geht es nun weiter im FUEV-Generalsekretariat ohne hauptamtlichen Generalsekretär?

Armin Nickelsen hat dem Präsidium einen Strukturvorschlag unterbreitet, in dem seine Arbeit in Zukunft auf mehrere Schultern verteilt werden kann. Diesen Vorschlag hat das Präsidium gutgeheißen und einstimmig beschlossen.

Demnach übernimmt der Präsident Romedi Arquint in Zukunft den gesamten Reisesektor, d. h. den außenpolitischen Bereich in Straßburg bei Europarat- und Europaparlamentssitzungen, sowie die Verantwortung für die Durchführung und Berichterstattung der zukünftigen »Fact-Finding-Missions«. Dabei wird er selbstverständlich von den Vizepräsidenten unterstützt.

Der Sekretär Frank Nickelsen wird weiterhin das Generalsekretariat als Geschäftsführer verantwortlich leiten und durch eine Halbtagskraft im Büro entlastet.

Slowakei aus dem Monitoring des Europarates!

Am 21. September 1999 hat die parlamentarische Versammlung des Europarates die Slowakei aus dem Monitoring entlassen, dies obwohl im Bereich der nationalen Minderheiten noch erhebliche Mängel sowohl in der Gesetzgebung wie in der Praxis vorhanden sind. Insbesondere soll noch das Mediengesetz aus der Zeit Meciar's revidiert werden.

FUEV-Veranstaltung zur OSZE-Implementierungskonferenz in Wien

Im Rahmen der Implementierungskonferenz der OSZE vom 20. September - 01. Oktober 1999 organisierte die FUEV am 23.09.1999 einen NGO - Anlass zu Fragen der nationalen



Dr. Erhard Busek

Minderheiten und ihrer Bedeutung in Europa. Nach Kopenhagen 1997 und Warschau 1998 war es die dritte FUEV-Veranstaltung dieser Art. Dieses Mal ging es um »Erreichtes und Aussichten« der Minderheiten in Österreich. Der Hauptvortrag »Europa braucht seine Minderheiten« von Vizekanzler a.D. Dr. Eduard Busek,



VIENNA

REVIEW Conference

Vienna, 20 Sept. - 1 Oct 1999

fand grosse Beachtung. Im Anschluss daran hatten die Minderheiten in Österreich Gelegenheit, auf ihre spezifische Situation aufmerksam zu machen. Abgerundet wurde die Veranstaltung - moderiert vom Österreichischen Volksgruppenzentrum - vom Statement der Österreichischen Regierung; Abt. Nationale Minderheiten. Diese Veranstaltung wird dokumentiert und ist demnächst im FUEV-Generalsekretariat erhältlich.

mehr dazu s. S. 2

Auszüge aus dem FUEV-Beitrag im Rahmen der NGO Sitzungen:

von FUEV-Präsident Romedi Arquint

...Die FUEV anerkennt die bedeutende Rolle, welche die OSZE auf dem Gebiet der nationalen Minderheiten spielt. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben deutlich gezeigt, dass diese internationale Organisation über verschiedene hervorragende Mittel verfügt, um zwischen den rein militärischen Interventionsmöglichkeiten und politischen

Möglichkeiten der internationalen Gemeinschaft einerseits und den chaotischen Entwicklungen in Krisengebieten andererseits eine stabilisierende Funktion zu erfüllen. Die Erfahrungen haben aber auch gezeigt, dass die der OSZE zugestanden Mittel und Instrumente nicht genügen.

Lassen Sie mich dies kurz am Beispiel Georgiens mit dem sich unsere Organisation gegenwärtig beschäftigt, erläutern. Wir wissen, dass in Georgien die politische Lage alles andere als stabil ist (das Abchasienfrage mit an die 300 000 Flüchtlinge, Ossetien und Abcharien), wir kennen das Problem der Turk-Mescheten und deren Repatriierung in ihrer Heimat, wir wissen um die wirtschaftliche desolate Situation des Landes. Um hier effiziente präventive Massnahmen leisten zu können und Konfliktsituationen zu entschärfen müsste die OSZE ihr Aktionsfeld ausbreiten können. Neben der UNO - Truppen wären die Stärkung der inneren Sicherheit im Krisengebiet zu nennen, koordinierte wirtschaftliche Hilfe, Hilfe beim Aufbau eines funktionierenden Rechtssystems und politischer Institutionen.

Kürzlich konnte man lesen, dass die USA die Militärhilfe an Georgien erhöht hat. Dies mag aus geopolitischen strategischen Gründen gerechtfertigt sein, wird aber absurd, wenn andererseits die minimalen wirtschaftlichen und politischen Grundlagen nicht auch nachhaltig verbessert werden. Militärische Präsenz genügt nicht, meine Damen und Herren. Es wäre tragisch, wenn auch in diesem Lande voller Spannungen die internationale Gemeinschaft erst nach einer Eskalation sich den Vorwurf gefallen lassen müsste, in der Zeit versagt zu haben, wo präventive Massnahmen zur Schaffung von Stabilität noch möglich gewesen wären.

Als Konsequenz - nicht zuletzt aus den Erfahrungen im Kosovo vor dem Ausbruch des Krieges - ist deshalb zu fordern, dass der OSZE vermehrte Mittel und Kompetenzen zu geben sind, um

- präventiv unverzüglich und mit genügend finanziellen und personellen Mitteln tätig sein zu können,
- um die Koordination für eine ausreichende innere Sicherheit im Tätigkeitsgebiet sicherstellen zu können.

Diese und andere Forderungen hat die FUEV schon in ihrer Resolution zu Händen der OSZE in Kopenhagen 1997 formuliert...



VIENNA

REVIEW Conference

Vienna, 20 Sept. - 1 Oct 1999

FUEV-Delegation bei den Dolomitenladinern

Den Anlass für den Besuch Dolomitenladiniens war ein Resolutionsentwurf der Union generela di Ladins dla Dolomites (kurz UGL) vor der Delegiertenversammlung der FUEV in Hadersleben, der die Frage der territorialen Integrität und diejenige der politischen Vertretung der Dolomitenladiner zum Inhalt hatte. In gegenseitigem Einverständnis wurde beschlossen, den Entwurf der Delegiertenversammlung nicht vorzulegen; hingegen sollte sich eine Delegation des FUEV - Präsidiums an Ort und Stelle einen allgemeinen Überblick über die Lage der Dolomitenladiner zu machen versuchen.



Ilda Pizzini, UGL-Präsidentin

genden Schlussfolgerungen, die sie als Diskussionsgrundlage für weiterführende Gespräche betrachtet.

Eine zukunftsorientierte Politik zugunsten der ladinischen Sprach- und Kulturgemeinschaft sollte u.a. die nachfolgenden Felder problematisieren:

1. die unzureichenden, internationalen Standards nicht entsprechenden Bedingungen der Ladiner ausserhalb der Provinz Südtirol im Bereich Bildung, staatlich geförderte Medien, Verwendung des Ladinischen als Amtssprache und bei Beschriftungen,
2. die faktische Ungleichbehandlung der ladinischen Sprach- und Kulturgemeinschaft durch die von ihr nicht verursach-

dürfte) im Vordergrund stehen, sondern die koordinierte und gemeinsam verantwortete Lösung der das Ladinische betreffenden Fragen durch alle beteiligten Instanzen,

3. die ladinischen Organisationen, allen voran die Union generela, aber auch die politischen Parteien der LADINS und der SVP - Ladina sollten sich in ihrer konzeptionellen Strategie auf die europäischen Dokumente stützen und auf die Umsetzung der Europäischen Sprachencharta drängen,
4. die Gewährleistung einer gesicherten politischen Vertretung in allen betroffenen Provinzen und Regionen (z.B. durch Wahlkreisreform),
5. das Streben nach einer koordinierten gesamt-ladinischen Sprach- und Kulturpolitik,
6. die stärkere Gewichtung des Ladinischen zur Gewährleistung einer mündlich und schriftlich ausreichenden Beherrschung des Ladinischen auf allen Schulstufen.



Die FUEV-Delegation bestehend aus Dr. Ludwig Elle (3.v.r.), H.H. Hansen (r.) und Romedi Arquint (2.v.r) zu Besuch bei der Europäischen Akademie Bozen. Direktor dieser Akademie ist Dr. Werner Stuflesser (2.v.l.).

Die FUEV - Delegation, bestehend aus dem Präsidenten Romedi Arquint und den Vizepräsidenten Dr. Ludwig Elle und Hans Heinrich Hansen, hatte Gelegenheit, während dreier Tage sich mit der Lage der Dolomitenladiner auseinanderzusetzen. Sie kam dabei zu den fol-

te administrativ-politische Auf-trennung, die nur im Sinne einer positiven Diskriminierung (d.h. nichts den Südtiroler Ladiner wegnehmen, aber den anderen mehr geben) überwunden werden kann. Dabei soll nicht eine regionale Neugliederung (die wohl nur schwer zu realisieren sein

Neues aus der BRETAGNE - BREIZH

Die neuesten Nachrichten sind nicht besonders erfreulich, denn wieder einmal wendet die französische Regierung allerlei Tricks an, um die Anwendung der europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen zu verweigern. Aber zu diesem Thema gibt es einen heftigen Widerstand, und die große Mehrheit der Bevölkerung und die gewählten bretonischen Vertreter demonstrieren für die demokratische Anwendung der europäischen Verordnungen über Minderheiten. Das bretonische Volk will seine Sprache und seine Identität behalten. Aber nicht alles weist in die falsche Richtung, denn wie wir soeben erfahren haben, wird im kommenden März oder April der private französische Fernsehsender TF1 einen bretonischen Fernsehsender mit dem Namen -TV BREIZH gründen. Eine bedeutende Gruppe von Unternehmern und von Pariser Persönlichkeiten bretonischer Herkunft soll sich zur Teilnahme an diesem historischen Ereignis bereit erklärt haben, das in unseren Augen für das Überleben der bretonischen Identität und Sprache von wesentlicher Bedeutung ist. Vielleicht beginnt mit dem dritten Jahrtausend auch für uns ein neues Kapitel in unserer Geschichte: hoffen wir es.

30 Jahre AIDLCLM

Am 23., 24. und 25. Juli 1999 fand in Montroulez (Morlaix) / Bretagne der Kongress zum dreißigjährigen Jubiläum der AIDLCLM statt. An diesem Kongress nahmen 70 Vertreter aus ganz Europa teil, in Anwesenheit des Abgeordneten für den Bezirk Morlaix bei der französischen Nationalversammlung, der die Diskussionen eröffnete, und des ersten Beigeordneten des Bürgermeisters der Stadt. Beide Persönlichkeiten haben sich in ihren Reden entschieden für eine Förderung der Minderheitensprachen ausgesprochen, die Haltung der französischen Zentralregierung zur europäischen Charta der Minderheitensprachen verurteilt und sich dazu bereit erklärt, die Förderung der Lehre der bretonischen - keltischen - Sprache in der Bretagne mit allen Mitteln zu unterstützen. Seit seiner Gründung unterhält die AIDLCLM enge und brüderliche Beziehungen zur FUEV, und dieser Kongress zum dreißigjährigen Jubiläum war für unseren bretonischen Vizepräsidenten Per Le MOINE Anlaß, das große Interesse zu bekunden, das unsere Union den Aktivitäten unserer Kollegen entgegenbringt. Der Präsident der AIDLCLM, der gegenwärtig eine belgische Volksgruppe vertritt, hat die Anwesenheit unserer Union bei dieser Veranstaltung im übrigen herzlich begrüßt. Den Kongreßteilnehmern wurden mehrere Resolutionen zur Abstimmung vorgelegt, die unsere eigenen Aktivitäten bestätigen und in die Richtung der Arbeit weisen, die die FUEV seit einem halben Jahrhundert leistet: in der Einigkeit liegt die Kraft, und die von der AIDLCLM verabschiedeten Resolutionen werden unsere Tätigkeiten unterstützen. Die immer engeren Beziehungen, die zwischen den verschiedenen Verbänden bestehen, die für die Rechte der Minderheiten eintreten, sind für uns ein Unterpfand des Erfolgs: hoffen wir, daß sich die Regierungen dessen bewußt werden, daß unsere Arbeit jetzt und in Zukunft einen Faktor für den Frieden in Europa und in der Welt darstellt.

Fact-Finding-Mission im Kosovo und Montenegro vom 11. - 15. Juli 1999

Im Auftrag der FUEV besuchte Vizepräsident Bela Tonkovic die Autonome Provinz Kosovo und die Republik Montenegro in der Bundesrepublik Jugoslawien.

I. KOSOVO

Kosovo ist eine von zwei autonomen Provinzen innerhalb der Republik Serbien (Bundesrepublik Jugoslawien). Es liegt im Süden des Landes und grenzt an Mazedonien, Albanien und Montenegro.

Kosovo ist 10.887 km² groß, die Hauptstadt ist Pristina. Die Zahl der Einwohner kann nur geschätzt werden, weil die Albaner, die die Mehrheit der Bevölkerung darstellen, an der Volkszählung 1991 nicht teilgenommen haben. Schätzungsweise lebten vor der NATO-Intervention 1999 in Kosovo etwa 2 Millionen Menschen, davon etwa 80% Albaner, 11% Serben, die übrigen sind Roma, slawische Moslems, Türken und Kroaten. Die Mehrheit bekennt sich zum Islam, die Serben sind orthodoxe Christen, ein geringer Teil der Albaner und die Kroaten sind katholische Christen. Es ist nicht möglich abzuschätzen, wie viele Menschen augenblicklich in Kosovo leben.

Nach der Verfassung Jugoslawiens von 1974 erhielt Kosovo, wie die Nordprovinz Wojwodina, eine breite Autonomie, die jedoch vom serbischen Regime unter Slobodan Milosevic 1989 weitgehend aufgehoben wurde. Anfang der 90er Jahre wurde die legitime Provinzregierung abgesetzt und von Belgrad eine provisorische eingesetzt.

Die Albaner widersetzten sich der Politik Belgrads und führten eine eigene Parallelverwaltung ein, die im Laufe der Zeit ein eigenes Gesundheits-, Schul- und Steuersystem aufbaute. Mit dem Ziel der Loslösung von Jugoslawien wurde letztlich sogar ein eigenes Heer, die sogenannte Befreiungsarmee von Kosovo (UCK), organisiert.

Der Konflikt im Kosovo spitzte sich erheblich zu und nahm immer stärker gewaltsame, bürgerkriegsmäßige Formen an. Dies führte letztlich seitens der jugoslawischen Führung zum Einsatz umfassender militärischer Mittel. Dabei sind Terrorakte und zuletzt auch Massenmorde an Albanern verübt worden, was die NATO als Anlaß zur militärischen Intervention (März - Juni 1999) vorgab.

Nach dem Vertrag zwischen NATO und Jugoslawien Anfang Juni 1999 zogen Mitte Juni die jugoslawische Armee, die Polizei und die paramilitärischen Einheiten aus Kosovo ab und die NATO-Truppen unter dem Oberkommando der UNO (KFOR)

zogen ein. Außerdem setzte die UNO auch eine Zivilverwaltung ein, die jedoch zum Zeitpunkt des Besuches noch nicht funktionierte.

Während der ganzen Krise erlitt Kosovo schwere Zerstörungen. Zur Zeit herrscht in Kosovo ein Verwaltungsvakuum: das jugoslawische Verwaltungssystem gibt es



FUEV-Vizepräsident Bela Tonkovic

nicht mehr, die UNO-Verwaltung ist noch nicht organisiert.

Ein im Kosovo eingerichtetes Büro unter Leitung von Frau Crista Meindersma, stellvertretender Leiterin des UNO-Büros für Menschenrechte in Belgrad, beobachtet die Situation und informiert darüber die anderen UNO-Strukturen. Besondere Aufmerksamkeit wird den Serben und Romas wegen ihrer besonders schwieriger Situation gewidmet. Von extremen Albanern werden täglich Terrorakte, Morde, Plünderungen und Vertreibungen vor allem an den Serben und Romas verübt. Auch die Angehörigen anderer Volksgruppen müssen Schikanen erleiden, jedoch im geringeren Ausmaß. An Ausschreitungen sind oft bewaffnete Banden aus Albanien beteiligt. Ruhe und Frieden herrscht nur dort, wo die Menschen auch vor dem NATO-Eingriff sich gegenseitig geschützt haben.

Laut Volker Turk, dem UNO-Beauftragten für das Rechtssystem in Kosovo, haben das bisherige Rechts- und Gerichtssystem, wie auch ihre Träger bei den Kosovo-Albanern ihre Glaubwürdigkeit verloren. Die UNO-Zivilverwaltung ist wohl bemüht, ein multiethnisches Gerichtssystem aufzustellen, jedoch stößt sie an große Schwierigkeiten. Die Staatsanwalts- und Richterkandidaten fühlen sich nicht genügend geschützt, so wagt kaum jemand diese Ämter zu bekleiden. Die Einsetzung einer multiethnischen Polizei ist dringend notwendig. Die KFOR könne die Aufgaben der zivilen Polizei nicht übernehmen, weil die Soldaten dafür weder ausgebildet, noch ausgerüstet sind. In der jetzigen Situation ist es schwer, den Terror und die Vertreibungen zu unterbinden.

Die örtlichen Kommandanten der KFOR haben inzwischen in manchen Orten eine von Vertretern aller örtlich lebenden Volksgruppen zusammengesetzte provisorische Lokalverwaltung eingesetzt. Mancherorts, wie im Dorf Janjevo (Gemeinde Lipljani), funktioniert sie inzwischen zufriedenstellend.

Laut Momcilo Trajkovic, dem Kopräsidenten des "Volks-Kirchlichen Komitees der Serben von Kosovo" (der andere Kopräsident ist der Bischof Artemije), sind bisher etwa 100.000 Serben aus dem Kosovo geflüchtet. Es sind noch etwa 110.000 dort anwesend. Ihr Schicksal ist ungewiß. Am 11. Juli 1999 hat dieses Komitee die Zusammenarbeit mit dem von UNO eingesetzten "Politischen Rat von Kosovo" und KFOR wegen unwirksamen Schutz der Serben aufgekündigt. Die UNO-Funktionäre in Pristina bedauern diesen Beschluß.

Die Sicherheit ist laut M. Trajkovic die Schlüsselfrage. Zur Zeit können die Serben nur innerhalb der Mauern ihrer Klöster Zuflucht suchen. In den Klöstern ist großer Bedarf an Nahrungs- und Arzneimitteln. Er behauptet, es sind inzwischen mehrere Konzentrationslager für Serben und andere, die mit der früheren Verwaltung zusammenarbeiteten, eingerichtet, wohin die Menschen verschleppt, mißhandelt und oft umgebracht werden. Die UNO-Verwaltung soll darüber unterrichtet worden sein. Herr Trajkovic beklagt auch die Zerstörung von 15 Kirchen und Klöstern, wie auch anderer serbischer Kulturdenkmälern. Sollten die UNO-Verwaltung und die KFOR die Lage nicht rasch wenden, werden im Kosovo bald nur noch moslemische Albaner leben, meint er.

Für die Zukunft ist es sehr wichtig die Sicherheit der Menschen und des Eigentums zu garantieren, wie auch die Multiethnizität auf allen Ebenen (Verwaltung, Gerichtswesen, Schulen usw.) zu gewährleisten. So könnten die Grundlage zum Wiederaufbau des Vertrauens geschaffen werden.

II. MONTENEGRO

Die Republik Montenegro ist die kleinere Teilrepublik der jugoslawischen Föderation. Es liegt im

Süden Jugoslawiens und grenzt an Serbien, Kosovo, Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien und an das adriatische Meer. Es ist 13.812 km² groß, die Hauptstadt ist Podgorica. Montenegro hat etwa eine halbe Million Einwohner, davon sind 78% Montenegriener, 13% slawische Moslems, 7% Albaner, 1,5% Kroaten und 0,5% Roma.

In der Regierung von Montenegro gibt es ein "Ministerium für den Schutz der Rechte der Angehörigen der Volks- und ethnischen Gruppen" (eingesetzt 1998) und ein "Ministerium für die Konfessionen", in denen alle Volksgruppen, bzw. Konfessionen vertreten sind.

Im "Ministerium für den Schutz der Rechte der Angehörigen der Volks- und ethnischen Gruppen" der Minister ist Herr Luigj Luncaj, ein Albaner, sein Stellvertreter Herr Orhan Ahmanovic, ein Moslem-Bosniak und die Sprecherin Fr. Nedeljka Sindik, eine Kroatin. Sie wurden in Zusammenarbeit zwischen Institutionen der jeweiligen Volksgruppen und der Regierung ausgewählt und werden als Vertreter ihrer Volksgruppen angesehen.

Dank ihres sprachlichen Unterschieds, haben die Albaner noch aus der Zeit der SFRJ Schulen (6 Haupt- und 3 Mittelschulen), Sendungen in Albanisch am



staatlichen Rundfunk und Fernsehen, einen privaten Rundfunk und staatlich finanzierte Teile von zwei Zeitungen.

Die Moslems haben eine Monats- und eine halbjährlich erscheinende Zeitschrift, die von ihren Kulturverbänden finanziert werden. Sie haben weder Schulen noch Rundfunk oder Fernsehsendungen.

Auch die Kroaten haben keine Schulen, Zeitungen, Rundfunk oder Fernsehsendungen. Die montenegrischen Gesetze

gewährleisten den Volksgruppen die Freiheit, eigene politische und Kulturorganisationen zu gründen. Der Staat ist aber nicht verpflichtet, sie zu finanzieren und er tut es auch nicht.

Die Albaner und Moslems haben mehrere Kulturvereine und -institutionen, die Kroaten nur einen Kulturverein. Die Albaner und die Moslems haben eigene politische Parteien, die auch im Parlament vertreten sind, jedoch ohne Vorzugsmandat.

Die Angehörigen der Volksgruppen können ihren Namen nur in der offiziellen montenegrinischen Weise schreiben, was sie alle bemängeln.

Zur Zeit werden einige neue Gesetze vorbereitet, die auch das Leben und die rechtliche Lage der Volksgruppen regeln sollen (Gesetz über NGO-s, über Matrikeln...).

Durch die Regierung von Montenegro wird die Gründung Nationaler Büchereien und Institute für Sprache und Geschichte jeder Volksgruppe gefördert. Die Finanzmittel dafür sollen vom Jahre 2000 an aus dem Haushalt gesichert werden. Außerdem will die Regierung bestimmte Projekte der Volksgruppen mitfinanzieren.

Alle Volksgruppen wünschen den Ausbau eigener Schul- und Informationssysteme und Kulturvereine, wie auch ihre Finanzierung aus öffentlichen Mitteln.

Der einzige Kulturverein der Kroaten, "Napredak" in Donja Lastva (Tivat), hat über ein Jahr seit seiner Wiedergründung noch immer keine Arbeitsräume. Der

Präsident des Vereins führt das auf die persönliche Einstellung des Bürgermeisters von Tivat zurück, dem der Vereinsvorstand angeblich nicht gefällt.

Die Republik Montenegro ist ein Land in Transition, sich bewußt seiner Probleme und Schwierigkeiten. Die Bemühungen, die Probleme zu lösen, sind offenkundig. Sowohl die Volksgruppen, als auch die Regierung betonen immer wieder ihre Bereitschaft, die Probleme durch Dialog zu lösen, wie auch ihren Bedarf an Informationen und Unterstützung.

III. SCHUSSFOLGERUNG

In Kosovo, wo die Albaner - eine Minderheit in Jugoslawien - die bisher beherrschte Mehrheitsbevölkerung sind und die Serben - die Mehrheit in Jugoslawien - eine bisher herrschende Minderheit darstellen, sind die Standpunkte der Serben und der Albaner äußerst gegensätzlich und verhärtet. Sollten die gemäßigten Kräfte auf allen Seiten vom Westen nicht genügend unterstützt sein, könnte Kosovo auch in der Zukunft ein Konfliktgebiet bleiben.

Sowohl in Kosovo, als auch in Montenegro - trotz ihrer unterschiedlichen Situation - kann die FUEV durch die Vermittlung ihrer Erfahrungen und durch Informations- und Rechtsbeistand einen wertvollen Beitrag zum Schutz der nationalen Minderheiten leisten. Dies wurde von allen Gesprächspartnern ausdrücklich auch gewünscht.

Rumäniens Erziehungsgesetz unter Dach

Rumäniens Parlament hat vor den Sommerferien das lange umstrittene Gesetz über das Erziehungswesen angenommen. Die Einigung erfolgte dank einem Kompromiss, auf den sich das Regierungslager und die stärkste Oppositionspartei geeinigt hatte. Der am heftigsten umstrittene Teil des Gesetzes war die Regelung des Unterrichtes in der Sprache der Minderheiten. Kritisch vermerkt wird seitens der Ungarn, dass der Unterricht in Geschichte und Geographie in der Oberstufe weiterhin nur in rumänischer Sprache erteilt werden darf.

Lettland: Das neue Sprachen-gesetz stößt auf Widerstand

Das anfangs Juli verabschiedete Gesetz soll die Benützung der lettischen Sprache in den meisten Lebensbereichen sichern. Damit soll die seit der Besetzung durch die Sowietunion 1940 erfolgte Dominanz der russischen Sprache überwunden werden. Die Russen in Lettland sehen in dem Gesetz den Versuch, sie vom öffentlichen Leben auszuschließen.

Frankreich: Sprachenstreit dauert an

Der französische Präsident Chirac weigert sich, die von der Regierung vorgeschlagene Rechtsgrundlage zur Förderung von Regionalsprachen zu schaffen. Hintergrund ist der jahrhundertalte Streit zwischen republikanischen "Jakobinern" auf der einen und zahlreichen Sprach- und Kulturgemeinschaften wie die Bretonen, Flamen, Korsen und Elsässer.

Worldwatch fordert Konsequenzen aus dem »blutigsten Jahrhundert«

Im Bericht wird darauf hingewiesen, dass in diesem Jahrhundert 3x mehr Menschen in Kriegen umgekommen sind als in allen Jahrhunderten zwischen Christi Geburt und dem Jahr 1899. Allein von den 103 bewaffneten Konflikten seit 1899 hätten sich 97 innerhalb der Grenzen der jeweiligen Länder zugetragen. 70% aller Kriegsoffer seien Zivilisten gewesen. Für die 90er Jahre betrage diese Rate sogar 90%.



Helfen Sie der FUEV!

Die finanzielle Situation der FUEV ist eher bescheiden. Damit Sie sich auch weiterhin für den Schutz nationaler Minderheiten einsetzen kann, ist sie auf finanzielle Hilfe angewiesen (Bankverbindung s.u.).

Die FUEV e.V. ist durch Freistellungsbescheid des Finanzamtes Flensburg, Steuernummer: 15290, / F 619, vom 02. 03. 1999 als gemeinnützigen Zielen dienend anerkannt und darf entsprechende Spendenbescheinigungen ausstellen- zwecks Vorlage für das Finanzamt.

Nach Erhalt der Spende erhalten Sie umgehend eine Spendenbescheinigung, aus der u.a. hervorgeht, daß wir den uns zugewendeten Betrag nur für unsere satzungsgemäßen Zwecke verwenden werden.

Union Bank Flensburg BLZ 215 201 00 • Nr. 00120 84

Bestellmöglichkeiten:

LAGEBERICHTE

- Lageberichte aus der Slowakei 1995-09
- Lageberichte aus der Slowakei 1996/97
- Lageberichte aus der Karpatenregion 1996-03
- Lageberichte zu den Krimtataren 1996-10
- Lageberichte aus Rumänien 1997-10
- Lageberichte aus dem ehem. Jugoslawien 1998-03
- Lageberichte aus Georgien 1998-11

FUEV-AKTUELL

Speziell mit Kurzdarstellungen der

- Nr. 53: Ungarn u. Deutschen in Rumänien 1995-07
- Nr. 54: Bretonen in Frankreich 1995-09
- Nr. 54: Slowenen in Italien 1995-09
- Nr. 55: Sorben in Deutschland 1996-02
- Nr. 55: Kärntner Slowenen in Österreich 1996-02
- Nr. 56: Rätoromanen in der Schweiz 1996-07
- Nr. 57: Sinti und Roma in Deutschland 1996-10
- Nr. 58: Krimtataren in der Ukraine 1996-12
- Nr. 59: Karpatendeutschen i.d. Slowakei 1997-04
- Nr. 60: Finnen in Schweden 1997-07
- Nr. 61: Aromunen in den Balkanländern 1997-10
- Nr. 62: Rumänen in Kroatien 1997-12
- Nr. 64: Deutsche in der Tschechischen Republik 1998-05
- Nr. 64: Polen in der Tschechischen Republik 1998-05
- Nr. 65: Rumänen in der Ukraine 1998-07
- Nr. 66: Wallachen in Bulgarien 1998-12
- Nr. 67: Deutsche in Dänemark 1999-03

DOKUMENTATIONEN

- 41. Nationalitätenkongreß Timisara/RO 1996
- 42. Nationalitätenkongreß Pörschach WS/A 1997
- 43. Nationalitätenkongreß Prag/CZ 1998
- 44. Nationalitätenkongreß Haderslev/DK 1999
- DK - København: Stabilität oder Instabilität 1997-12
- PL - Warszawa: Die nationalen Minderheiten in PL 1998-11

RESOLUTIONEN

- der FUEV-Delegiertenversammlungen

FUEV - GENERALSEKRETARIAT

Schiffbrücke 41
D - 24939 Flensburg
Tel: +49 - 461 - 12 8 55
Fax: +49 - 461 - 18 07 09
E-Mail: info@fuen.org
Website: http://www.fuen.org